



Peter Götz

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 74928

 (030) 227 76862

 peter.goetz@bundestag.de

 www.goetzpeter.de

Berlin, 10.12.2003

Peter Götz: "Rot-Grün verzögert erneut maßvolle Graffiti-Bekämpfung"

Zum Absetzen der Unions-Gesetzesentwürfe für eine maßvolle Strafrechts-änderung zur Einschränkung des Graffitiunwesens von der Tagesordnung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages durch SPD und Grüne erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz MdB:

Rot-Grün hat in der heutigen Sitzung des Bundestags-Rechtsausschusses erneut Gesetzesentwürfe der Union zur maßvollen Verschärfung des Strafrechts zur Graffiti-Bekämpfung von der Tagesordnung abgesetzt. Schon in der letzten Legislaturperiode (1998 - 2002) hatte Rot-Grün Gesetzesentwürfe von Union und FDP blockiert.

Dabei verursacht Graffiti riesige volkswirtschaftliche Schäden. In Deutschland entstanden nach einer Umfrage des Deutschen Städtetages im Jahr 2002 Kosten von über 200 Mio. € nur für Graffitibeseitigung, etwa 50 € pro Quadratmeter, oft zusätzlich Gutachterkosten. In Berlin allein sind es jährlich 50 Mio. €, davon 15 Mio. € bei den Verkehrsbetrieben. Hier gibt es jährlich etwa 7000 Ermittlungsvorgänge. Auch in kleineren Städten nehmen Graffitischmierereien eklatant zu. In Koblenz zum Beispiel wurden im letzten Jahr 2000 Fälle zur Anzeige gebracht. Aufgeklärt wird es so gut wie nie, unter ein Prozent.

Verheerend sind die sozialen und städtebaulichen Folgen dieses nur vermeintlich kleinen Misstands: ganze Straßenzüge, Plätze und Einrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs bieten ein Bild der Verwahrlosung. Zahlreiche Straßenzüge entleeren sich und verslumpen als Folge von Graffiti. Die Sozialstruktur der Bewohner engt sich ein auf die, die sich einen Umzug nicht leisten können. Mietminderungsklagen werden erhoben und beschäftigen die Gerichte. Gebäude- und Grundstückspreise sinken. Ein Gefühl der Unsicherheit macht sich breit.

Konsequentes Vorgehen gegen so genannte Bagatelldelikte wie Graffitischmierereien hat sich eindeutig als erfolgreich bei der

PRESSMITTEILUNG



Peter Götz

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 74928

 (030) 227 76862

 peter.goetz@bundestag.de

 www.goetzpeter.de

Kriminalprävention erwiesen - vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Das Besprühen der weißen Wände anderer Leute oder von Bussen und Bahnen ist eben keine Bagatelle, genau so wenig wie Ladendiebstahl. Das muss deutlicher gemacht werden als bisher. All das hat die Kriminalitätsforschung mit ihrer „Broken-Windows-Theorie“ wissenschaftlich nachgewiesen und die Praxis in anderen Ländern hat es längst belegt. Derweil wächst der Schaden bei uns Tag für Tag und Monat für Monat; jeden Tag über eine halbe Mio. €, jeden Monat über 16 Mio. €.

Berlin musste inzwischen eine Gemeinsame Ermittlungsgruppe aus Polizei und Bundesgrenzschutz „Graffiti in Berlin“ (GIB) einsetzen - und sie bezahlen. Ein Ermittler ist bereits von ertappten Sprayern niedergestochen worden, ein anderer wurde einen Treppenaufgang herunter gestoßen und schwer verletzt. Einzelne organisierte Gruppen vermarkten ihre Graffiti-Bildbände und Videofilme auf einem grauen Markt. In dieser Szene werden Claims abgesteckt. Die Kämpfe werden immer gewalttätiger. Allein in Berlin sind 3.000 bis 4.500 Sprayer in 150 Gruppen („Crews“) organisiert.

Schluss damit! Wir fordern Rot-Grün auf, endlich Verantwortung zu übernehmen.

PRESSSEMITTEILUNG